



Pressemitteilung

8. Januar 2026

Kommunale Infrastruktur am Limit: Ohne Planung, Förderung und Personal geht nichts

BVMB fordert mehr Finanzhilfen von Bund und Ländern für Städte und Gemeinden

Schlaglöcher, breite Risse und holprige Straßen – vielerorts zeigt sich ein zunehmend maroder Zustand der kommunalen Infrastruktur. Nicht nur Straßen und Brücken, auch Schulen, Verwaltungsgebäude und ganze Kanalsysteme sind dringend sanierungsbedürftig. Dennoch werden nur wenige Bauaufträge vergeben. „Der Sanierungsstau wächst von Jahr zu Jahr, während die finanzielle Leistungsfähigkeit vieler Kommunen gleichzeitig schrumpft. Das bereitet uns große Sorgen“, betont RA Jürgen Faupel, stellvertretender Präsident der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB). Laut dem aktuellen KfW-Kommunalpanel erreichte der Investitionsrückstand der Kommunen 2025 mit 215,7 Milliarden Euro einen neuen Höchststand. Diese Entwicklung trifft insbesondere mittelständische Bauunternehmen hart: Obwohl der Bedarf riesig ist, bleiben wichtige Projekte aus – und damit auch die Aufträge jener Auftraggeber, die für den Baumittelstand traditionell von zentraler Bedeutung sind.

Kommunen als Schlüsselauftraggeber der mittelständischen Bauwirtschaft

Städte, Gemeinden und Landkreise geraten zunehmend unter Druck: Marode Straßen und Brücken sowie immer komplexere Planungsanforderungen erschweren es den Verwaltungen und Ämtern vor Ort, zentrale Infrastrukturaufgaben sowie solche der Daseinsfürsorge zu erfüllen. Zugleich geht die finanzielle Handlungskraft der Kommunen seit Jahren zurück, während ihre Aufgabenlast deutlich wächst – im zweistelligen Prozentbereich, wie es Bundeskanzler Friedrich Merz zuletzt beim Bundes-Länder-Treffen mit Blick auf die Debatte zur sogenannten Veranlassungskonkurrenz betonte. „Für mittelständische Bauunternehmen zählen jedoch die Kommunen zu den wichtigsten Auftraggebern“, unterstreicht Daniel Jonas, Geschäftsführer der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. Sie sichern eine verlässliche Auslastung, sorgen für Planungssicherheit und stärken die regionale Wertschöpfung. Aus diesem Grund treffen uns gerade die klammen Haushalte der Kommunen besonders hart. Die Folgen dieser prekären Finanzlage sieht man jeden Tag – auf den Straßen und in den öffentlichen Gebäuden.

Geld allein baut keine Infrastruktur

„Ohne verlässliche und langfristig gestaltete Förderstrukturen sowie realistische Finanzierungsperspektiven wird es uns nicht gelingen, den enormen Investitionsstau aufzulösen“, ist sich Dr.-Ing. Kai Mifka, Tiefbauamtsleiter Stadtverwaltung Koblenz, ebenfalls sicher. Seiner Ansicht nach klingen die Zahlen des Sondervermögens beeindruckend, doch in der Realität relativieren sie sich schnell. „Koblenz soll 75,5 Millionen Euro über zehn Jahre erhalten – dabei würde schon allein der mögliche Neubau der Europabrücke rund 80 Millionen Euro verschlingen und damit das komplette Jahresbudget des wichtigsten Landesförderprogramms binden“, führt er als Beispiel aus der Praxis an. Aus dieser Perspektive zeigt sich: Probleme lassen sich nicht einfach mit Geld „zuschütten“. Wer das glaubt, handelt einseitig und ignoriert die Fakten – meist mit dem Gegenteil des Gewünschten. Er kommt dahingehend zu dem Schluss, dass die notwendige Wende in der kommunalen Infrastruktur ohne langfristige Förderprogramme, verlässliche Quoten, aber auch höheren Quoten insbesondere bei Großprojekten, weniger Hürden bei Doppelförderungen und ausreichend Personal in den Bewilligungsstellen nicht gelingen wird.

Was ist also nötig und vor allem wo müssen wir ansetzen?

„Für eine funktionierende kommunale Infrastruktur braucht es vor allem drei Dinge“, erklärt Faupel. „Erstens: Bund und Länder müssen Förderprogramme schaffen, die langfristig verlässlich und planbar sind. Zweitens: Die Programme brauchen ausreichend finanzielle Mittel – insbesondere für den Erhalt von Straßen und Brücken. Und drittens: Projekte dürfen nicht jahrelang in Warteschleifen hängen, deshalb müssen Bewilligungsverfahren deutlich beschleunigt werden.“ Der Verband begrüßt, dass Bund und Länder im ersten Quartal 2026 bei einem Sondertreffen mit Bundeskanzler Merz gemeinsam Lösungen erarbeiten und den Länderfinanzausgleich neu justieren. Die beschlossene Modernisierungsagenda liefert dafür die Basis.

RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V.
Königswinterer Straße 329
53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-16
E-Mail: stauf@bvmb.de

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleinen und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.